

Deutsches Volkstümliches Zeitungsblatt

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und Thüringen. Nr. 24. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1902.

Zweite Ausgabe Mittwoch, 15. Januar 1902. Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 126. Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2. Telefon-Nr. IV. 11494.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Januar.

Deutschland und England. Vizeadmiral Freiherr von Soden-Vibran wurde am 14. Januar in London vom König Edward empfangen und überreichte ein handschriftliches Kaiser Willkommens. Die „Times“ bemerken dazu arrogant und unzutreffend:

Es ist nicht das erste Mal, daß der Vizeadmiral v. Soden-Vibran im Augenblick einer politischen Entscheidung zwischen den beiden Ländern in besonderer Mission an den britischen Hof entsandt wird. Er kam im Jahre 1896, kurz nach dem bekannten Telegramm an den Präsidenten Krüger als Träger eines sehr liebevollen Briefes des Kaisers Wilhelm an die Königin Victoria, von dessen Inhalt man weiß, daß es ihm gelang, den peinlichen Eindruck zu vermeiden, welchen der unglückliche Zwischenfall (1) in den höchsten Kreisen Englands hervorgerufen hatte.

Nach dem von der „Post“ eingegangenen Erkundigungen ist von einer politischen Mission des Vizeadmirals v. Soden in Berlin nichts bekannt. Freiherr v. Soden ist, wie in jedem Jahre, so auch in diesem nach England gegangen, um der regelmäßig Januar stattfindenden Zusammenkunft der Jagdfreunde für das Helgoländer Rennen beizuwohnen. John Bull soll sich also nur keine Schwadheiten einbilden.

Selbstverständlich ist noch immer die ganze Londoner Presse voll von Artikeln über das Verhältnis zwischen England und Deutschland. In einem Artikel der „Morning Post“ heißt es: In Großbritannien herrscht vollständige Bereitwilligkeit, die vollkommene Gerechtigkeit in dem Verhältnis zu der summevermeindlichen deutschen Nation anzuerkennen, deren große Eigenschaften hier voll anerkannt werden, deren Kräfte der Welt des Morgens und ein willkommener Gast dieser Insel ist und deren politische Interessen an vielen Punkten mit den unsrigen zusammenfallen. — Das Blatt „Evening Post“ schreibt in einer Extrazusatzgabe, es brauche nicht zu übersehen, wenn man höre, daß der geplante Besuch des Vizeadmirals von Soden in Berlin zum Gedächtnis Kaiser Wilhelms auf eine spätere Zeit im Jahre 1903 angesetzt wird. Die Beziehungen der beiden Regierungen seien völlig klar und auch an hoher Stelle sei nichts vorzuzusetzen, was den Besuch des Prinzen in Deutschland zu einer geeigneten und für beide Regierungen bequemen Zeit als Ende Januar verbinden könnte. Das Gerücht, daß der federleitende Vizeadmiral in Berlin und London ein längerer Urlaub genommen habe, dürfte durchsichtig und begründet sein. Es sei kein Grund dazu vorhanden, dies zu erwarten. Der König empfielt die künftigen Beziehungen des Vizeadmirals Deutschlands von höchster Stelle.

In London verläutelt bestimmt Chamberlain werde anlässlich der Adreßdebate im Parlament die Gelegenheit wahrnehmen, dem Reichstagsgesandten Grafen Bülow zu antworten, so daß neue Zwischenfälle möglich sind. Mit höchstem Bedauern tritt die französische Presse den Zwischenfall Bülow-Chamberlain breit. „Aurore“ prophesiert zwar keinen förmlichen Abbruch der deutsch-englischen Beziehungen, aber doch eine diplomatische Krise, die ernst werden könne.

Die Reise des Prinzen Heinrich. Wie aus dem Deseffener Brief zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Roosevelt hervorgeht, wird Prinz Heinrich nicht mit der „Hohenzollern“ die Ausreise antreten, sondern sich an Bord derselben erst in Amerika einschiffen. Die „Köln. Ztg.“ nimmt an, daß der Grund hierfür darin zu suchen ist, daß die „Hohenzollern“ sehr viel langsamer als die „Hohenzollern“ sind, als mehrere ausgezeichneten deutschen Schnelldampfer, und daß der Prinz deshalb vorziehen wird, an Bord eines solchen Reichspostdampfers die Überfahrt auszuführen. Die „Hohenzollern“ wird nicht den gewöhnlichen Keilweg einschlagen, sondern an der Westküste Europas des Gibraltar nach den Capverdischen Inseln dampfen, von dort aus durchgereit die Kaiserfahrt den Atlantischen Ozean, besucht die dänische Insel St. Thomas und geht von Westindien nach New-York. Die Küstfahrt wird voraussichtlich am 15. März angetreten.

Der Kaiser unternahm am Montag einen Spaziergang im Park von Sanssouci. Zur Mittagsstunde bei den Majestäten waren Prinzessin Ernst von Sachsen-Altenburg und Hofmarschall von Lud. geladen. Se. Maj. begab sich um 1 Uhr 3 Min. nach Berlin, um dem Vortrag des Prof. Delbisch in der Sitzung der Akademie beizuwohnen. Zur Abreise fuhr im königlichen Schloß waren geladen der Reichsanwalt, Graf von Hülsen, der Geh. Hofmarschall Dr. von Luccas, der Admiral von Hollmann, Kapitän zur See von Müller. Die Nacht verließ der Kaiser in Berlin und hörte Dienstag Morgen von 9 Uhr ab den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts und im Anschluss daran denjenigen des Chefs des Admiralstabes. Später begab sich Se. Maj. nach dem Gewerbe-Museum und empfing um 12 1/2 Uhr die Präsidenten des Herrenhauses (Freiherrn v. Montteuffel, v. Bredow-Rönig) und des Abgeordnetenhauses (in Ansbach. Se. Maj. hatte die Uniform der Garde-Sulzaren angelegt. Die Audienz des Präsidiums des Abgeordnetenhauses (o. Ansbach, Dr. Frey, v. Hermann, Dr. Kraus) währte fünf Minuten. Dem Benehmen nach ist von Politik nicht die Rede gewesen. — In das Präsidium des Herrenhauses richtete der Kaiser die Frage, wie es in der Provinz Brandenburg stehe, und ließ sich vom Oberbürgermeister v. d. d. v. Heindorff über den Bau bei Köln einige Mitteilungen machen.

Die Kaiserin ist Dienstag Nachmittags 4 1/2 Uhr von Brinnenu nach Potsdam zurückgekehrt. Der Herzog und die Herzogin Ernst Günther, sowie die Prinzessin Frederica geleiteten sie zum Bahnh. — Die Kaiserin hatte in Brinnenu Mittags anlässlich des Todes-tages ihres Vaters die Züchtigungsfeier besucht, wo sie Kränze niederklegte.

Der Kaiser wird sich bei den Krönungsfeierlichkeiten in England gutem Benehmen nach durch den Prinzen Heinrich von Preußen vertreten lassen.

General-Feldmarschall Graf Waldersee, welcher sich zur Zeit noch immer als Jagdgast des Fürsten Guido von Dorners-marsch auf dessen Wohnung in Oberhessen befindet, wird demnächst auf Einladung des Kaisers an der Jagd teilnehmen an den bevorstehenden Jagdzeiten in Westphalen. Im An-schluss hieran wird Graf Waldersee, dessen Gesundheitszustand ganz vorzüglich ist, zu häufigem Aufenthalt fast nach Hannover zurück-begehen, wo inzwischen auch seine Gemahlin von Schloß Reudel ein-gekommen sein wird.

Aus dem diplomatischen Dienst. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Am 15. Januar blüht der höchste sich zu erziehliche Gesandte der Reichs an eine 25-jährige Ehegattin als diplomatischer Vertreter der Schwed. — Die Deutschen Reichs zurid. Mit vielen Freunden des verdienten Staatsmanns gedenken wir gern seines im diplo-matischen Leben seltenen Ehrgeizes. Minister Reich hat in seiner letzten Arbeit reichen Einfluss neben der An-erkenntnis seiner Regierung als Vertrauten und die Berücksichtigung der leitenden deutschen Kreise in besonderer Weise sich zu erwerben geübt. Wir wünschen aufrichtig, daß es dem Minister Reich ver-möge sein müge, in unserer Mitte noch viele Jahre, wie bisher, thätig zu sein für eine rechte Nachbarschaft zwischen dem Deutschen Reich und dem Lande der Engländer.

Die Reichsregierung hat einem Berliner Telegraphen-bureau dem Erzbischof der Universität Genoa die päpstlichen Vorrechte betreffs einer katolisch-theologischen Fakultät an der Universität Erzbischof zur Begünstigung unterbreitet.

Ein Vortrag über die China-Expedition vor dem Kaiser. Das „Allgemeine Anzeiger“ berichtet: Am 8. d. Mts. hielt im Beisein des Kaisers (wie schon kurz vor der „Allg. Ztg.“ gemeldet) Generalmajor v. d. Gahl, zuerst Oberquartiermeister und später Chef des Generalstabes beim Armeekorps in Ost-sien, einen Vortrag über die China-Expedition und ihre Ergebnisse. Da im vorigen Monat bereits von derselben Stelle aus Oberkommando, einer Sitzung über die China-Expedition unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des Armeekorpskommandos und der Gefechtsfähigkeit der deutschen Truppen gehalten hatte, so gab General v. Gahl nur einen kurzen Überblick über die operativen Maßnahmen des Generalstabes hinsichtlich der Expedition von Ost-sien, und ging dann näher auf die praktische Bedeutung der Expedition und des deutschen Oberbefehls, sowie auf die Ergebnisse derselben in militärischer und handelspolitischer Beziehung ein. Der Kaiser sprach nach be-endetem Vortrag dem General v. Gahl seine Anerkennung und Heber-einstimmung mit den von ihm entwickelten Ansichten aus.

Deutschland und die französisch-italienischen Abmachungen. Die Wiener „Allg. Ztg.“ hat in einem konstantinopeler Bericht „unter Vorbehalt“ die Version wiedergegeben, „nach der in Midia Kosl deshalb über die Frage des französisch-italienischen Ab-kommens weniger besorgt, da man von deutscher Seite hierüber be-wusstes Aufsehen erregt halten will. Die Vollen von vornherein Zweifel in die Nichtigkeit dieser Meldung gelegt, soweit sie von einer Auffassung von deutscher Seite spricht. Die „Allg.“ dem jetzt aus bestätigt, daß von deutscher Seite der Worte eine Mitteilung über das französisch-italienische Abkommen nicht gemacht worden ist.

Aus der Zolltarifkommission. In der Sitzung am Dienstag wiederholte sich das Bild des vorhergehenden Tages. Von sozialdemokratischer Seite wurden mit freundlicher Unterstützung der Freireimigen, insbesondere des Abg. Goltstein, fortwährend Verschleppungs-Anträge gestellt. Die De-batte drehte sich vorzugsweise um einen Antrag der Sozial-demokraten, dem § 1 einen Zusatz anzufügen, wonach die Zölle für solche Waaren außer Kraft gesetzt werden sollen, für die im Inlande Kartelle und Syndikate bestehen. Zu diesem Antrag regnete es förmlich Zusatzanträge seitens der Sozialdemokraten und Freireimigen, man forderte die der Sozialdemokraten Antrag über den Um-fang der Kartelle und Syndikate, über die Abfindungen derselben in finanzieller, volkswirtschaftlicher und sozialer Wirkung u. i. w. Schließlich gab es wegen eines Antrages auf Schluß der Debatte einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden v. Kardoff und dem Abg. Singer. Das Ergebnis der Be-ratung war die Ablehnung der sozialdemokratischen An-träge. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

Von dem Reichshaushaltssentimente wird diesmal im Reichstag ein weit geringerer Teil der Budgetkommission zur Vorbereitung überwiesen als sonst. Früher wurden in der Kommission vorbereitete die gesamten Etats für das Aus-wärtige Amt, Reichswehr, Marine, Allgemeinen Personalfonds, Jubiläumsfonds, Post- und Telegraphenverwaltung sowie Reichs-landesfonds. Jetzt soll sich die Kommission nur beschäftigen beim Etat für das Auswärtige Amt mit den Dotationen von neuer Kontinente und des Amt mit den Dotationen von einmündigen Ausgaben, beim Militärstat mit einzelnen Titeln der dauernden Ausgaben, wie Geldverleihung, Bekleidung, Ankauf von Remonten u. i. w. bei der Marineverwaltung mit

den Inbetriebnahmen, sowie sämtlichen einmaligen Ausgaben des Militärs und Marineetat bei der Post und den Eisen-bahnen nur mit einzelnen einmaligen Ausgaben u. i. w. Die Budgetkommission wird danach diesmal weit weniger Arbeit haben als sonst. Man hat ihr Beratungs-material, abgesehen von inneren Gründen, wohl hauptsächlich deshalb beschränkt, weil der Zeitraum bis zur Fertigstellung des Reichshaushaltsetats diesmal recht kurz ist und außerdem die Arbeit in der Zolltarifkommission die Kräfte der in Betracht kommenden Reichstagsmitglieder außergewöhnlich stark in An-spruch nimmt.

In der neuen preussischen Staatsschuld schreiben die „Allg.“ mit Rücksicht auf die Regelung einer pruzi-schen Anleihe von 185 Millionen Mark was es von Interesse ist, darauf hinzuweisen, daß im laufenden Jahre ein Zugang von 125 Millionen Mark an Prozentzinsen der Staats-schuld in Aussicht genommen wird, und zwar werden in dieser Summe von 125 Millionen Mark nicht weniger als 100 Millionen Mark aus vertriebenen Eisenbahnobligationen. Die Hälfte davon betrifft neue aus älteren Obligationen dieser Art, während 25 Millionen Mark erstmalig aus dem Eisenbahnobligations-fonds von 25 Millionen Mark zu machen sind. Es erhebt sich aus diesen Daten, daß der Kreditbedarf des preussischen Staates im Wesent-lichen mit der raschen Förderung des Ausbaus des Staatsbahn-netzes in ungeschicklicher Zusammenhänge steht. Noch im Jahre 1900 fanden zur Verdeckung auf Kredit aus den laufenden Einnahmen des Jahres mehr als 80 Millionen Mark zur Verfügung, nämlich der Betrag, der im Etat für Schuldentilgung ausgeworfen ist und der nach Abzug der 30 Millionen Mark für den Eisenbahnfonds-Eisenbahnvermahlung verbleibende Rest von dem rechnerisch-möglichen Ueberschuß in Höhe von 71 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1901 stellt sich die Sache aber ganz anders. Das laufende Jahr stellt bekanntlich nicht mit seinen Ueberschuß, sondern einen Kreditbedarf von etwa 40 Millionen Mark in Aussicht, jedoch von diesem Kreditbedarf aus ungeschicklich der ganze von dem Staat zur Schuldentilgung ausgeworfene Betrag aufgezogen wird. Abgesehen von der formalen Seite der Sache ergibt sich daher, daß aus den ordentlichen Einnahmen des Jahres 1901 nicht zur Verdeckung auf den Kreditbedarf des Jahres übrig bleibt und doch demzufolge die aus Anleihen zu bedeckenden Ausgaben nicht durch Verdeckung von zur Schuldentilgung bestimmten Ausgaben auf diese, sondern im Wege der Begebung der bewilligten Anleihen flüssig gemacht werden müssen.

Am 10. Januar 1902 sind nach einer dem Abgeordnetenhaus ausgegangenen Nachrechnung bei der Postverwaltung durch Kauf und Verkauf 69,9 Hektar in Jugum und 73,709 Hektar in der Abgang gekommen, so daß ein Zugang von rund 186,617 Hektar zu ver-zeichnen war.

Die polnische Agitation. Wie das „D. Z.“ hört, hat Erzbischof v. Stablewski dem Wunsch der Regierung gemäß Anweisungen im Sinne der Wägung an den polnischen Kreis verhandelt. (?)

Ueber die Auflösung des sozialwissenschaftlichen Vereins an der Universität zu Berlin erzählt die „Nordd. Allg. Ztg.“ von ganzlicher Seite folgendes: Im Anfang des Wintersemesters hat der Rektor der Universi-tät von den im Programm des Vereins angeführten Vorträgen zwei solche von Frauen nicht genehmigt und dabei ausgesprochen, daß der überhaupte Vorträge von Frauen nicht gestattet werden. Am 2. Dezember wurde wiederum die Genehmigung von Vorträgen von Frauen nachgeschickt und abgelehnt. Die Aufkündigung des ersten dieser beiden abgelehnten Vorträge lautete: 10. Januar 1902. Frau Prof. v. Soziale Probleme der Frauenfrage, insbesondere Ehe, Familie, Mutterrecht. In der Sitzung, die am 6. Januar, erdrunderen Nummer der „Welt am Montag“ fand folgende von dem Vorsitzenden des Vereins in die Zeitung gegebene Notiz: Sozialwissenschaftlicher Studentenverein. Da die Universitätsbehörden dem sozialwissenschaftlichen Studenten-verein die Genehmigung zur Abhaltung von Frauenvorträgen in diesem Semester verweigert haben, so beantrahit dieser Verein, den 10. Januar 1902, Abends punctum 8 1/2 Uhr einen Diskussionsabend über das Thema: Soziale Probleme der Frauenfrage, insbesondere Ehe, Familie, Mutterrecht.“ Referent ist stud. phil. Otto Marcus. Es darauf folgende Dis-ussion wird allen Richtungen, auch Frauen ermöglicht, ihren Standpunkt darzulegen. Gäste sind herzlich willkommen. Sozialis-tische Studentenverein. In dieser Abkündigung fallen der Referent und der Richter der Universität (mit Recht! D. M.) den Versuch einer Umgehung des Verbotes und beschließen die Auflösung des Vereins. Die bewusste Absicht der Umgehung ist nicht hervor aus Drückel: 1. der Festlegung der Zeitungsnotiz, welche ausdrücklich Frauen zum Ueben der Vorträge durch den Verein, den 10. Januar 1902, Abends punctum 8 1/2 Uhr einen Diskussionsabend über das Thema: Soziale Probleme der Frauenfrage, insbesondere Ehe, Familie, Mutterrecht.“ Referent ist stud. phil. Otto Marcus. Es darauf folgende Dis-ussion wird allen Richtungen, auch Frauen ermöglicht, ihren Standpunkt darzulegen. Der aufgegebene Verein sollte die Zeitung darzulegen. Der aufgegebene Verein sollte die Zeitung darzulegen. Der aufgegebene Verein sollte die Zeitung darzulegen.

Verständliches Fortbildungswesen. Unter dem Vorbehalt des Ober-präsidenten Herzogs zu Sachsen fand im Landeshaus zu Dresden ein Konferenz zwecks Organisation des ärztlichen Fortbildungswesens in Sachsen statt. Es wurden der „Schl. Ztg.“ zufolge drei Vorleser-Verträge angesetzt, bei dem nächsten Kongress wird die Ver-träge freier von Sozialwissenschaftlicher und sozialer Wirkung u. i. w. be-trachtet werden. Die Verhandlungen wurden durch den Vorsitzenden des Landeshauses geleitet. Der aufgegebene Verein sollte die Zeitung darzulegen.

In Rassel wurde am Sonntag die Deutsche Anti-Duell-Liga ge-gegründet. Nach Vorredenen wurde der Fürst Karl zu Sagan, der seinen Vertreter Graf v. Helldorf-Rudow ernannt, als Schrift-führer, Freiherr von Soestlich-Salberstadt und von dessen Vertreter von Müllersalberstadt.

